

AMT UNTERSPREEWALD

Gemeinde: Schönwald



Datum der Sitzung:

Tagesordnungspunkt: ☐

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Beratungsgegenstand: Zustimmung zur Aufsuchung von bergfreien Bodenschätzen gemäß § 7 Bundesberggesetz (BBergG) zu gewerblichen Zwecken für das Erlaubnisfeld "Elster-Dahme"

| Einreicher der Vorlage | Vorlagennummer | Datum |
|------------------------|----------------|------------|
| Bock - BA | 27-2023 | 19.07.2023 |

A. Beschlussvorlage:

Die Gemeindevertretung beschließt:

die Zustimmung zur Aufsuchung von bergfreien Bodenschätzen gemäß § 7 Bundesberggesetz (BBergG) zu gewerblichen Zwecken für das Erlaubnisfeld „Elster-Dahme“ zu erteilen.

Begründung der Beschlussvorlage:

Die Anglo American Exploration Germany GmbH beabsichtigt innerhalb des beantragten ca. 2.400 km² großen Erlaubnisfeldes „Elster-Dahme“ diverse bergfreie Bodenschätze aufzusuchen. Das Erlaubnisfeld „Elster-Dahme“ befindet sich im Bereich der Landkreise Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Elbe Elster. Die vorgesehenen Erkundungsteufen liegen zwischen 500 m und 1000 m.

Mit Schreiben des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) vom 12.07.2023 (Posteingang 13.07.2023) wird der Gemeinde Schönwald im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gemäß § 15 Bundesberggesetz (BBergG) die Gelegenheit zur Stellungnahme ermöglicht. Die Stellungnahme zum geplanten Aufsuchungsvorhaben hat bis zum 10.09.2023 zu erfolgen. Von besonderem Interesse ist dabei, ob in dem beantragten Erlaubnisfeld Bereiche vorhanden sind, in denen die geplanten Erkundungsarbeiten auf der Grundlage rechtlicher Regelungen oder anderer Restriktionen nur eingeschränkt oder gar nicht zugelassen werden können.

Dem Bauamt sind keine Einschränkungen bekannt. Aus diesem Grund wird empfohlen, die Zustimmung zur Aufsuchung zu erteilen.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

Ja ☐ ☒ Nein

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: _____ im _____ i. H. von _____ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
_____ € jährlich
_____ ☐ keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto _____ in Höhe von _____ €
noch verfügbare Mittel _____ €
Vergabevorschlag _____ €.

Anlagen

Anlage 1: Auszug aus den Antragsunterlagen

B. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:

Anhörung war erforderlich

☐ Ja ☒ Nein

☐ Stellungnahme liegt anbei

☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

Datum

Unterschrift der/des zuständigen FA-Leiterin/s:

C. Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage
oder Ablehnung der Beschlussvorlage**

Abstimmungsergebnis:

| Gesetzl. Anzahl | Anwesend | Ja | Nein | Enthaltung |
|-----------------|----------|----|------|------------|
| | | | | |

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

| | | |
|--|--|--|
| | | |
|--|--|--|

Sichtvermerk/Datum:

| | | |
|--------------------------|--------------|---|
| Amtsleiterin/ Amtsleiter | Amtsdirektor | Vorsitzende/r der Gemeindevertretung |
|--------------------------|--------------|---|